Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

26.8.1922 (No. 198)

Visual Library

№ 198 Samstag, den 26. August 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V. Redakteur E. Rüf, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 ℳ — Einzelnummer 2 ℳ — Anzeigengebühr: 3 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Brotpreis und Brotversorgung.

** Aus Klagen von Verbrauchern ist zu entnehmen, daß für freies Brot häufig Preise verlangt werden, die durch die Entwicklung der Mehlpreise nicht gerechtfertigt sind. Eine Handhabe gegen derartige übermäßige Preissteigerungen gibt das Gesetz über Höchstpreise in Verbindung mit der Verordnung vom 6. Januar 1915. Die Bezirksämter sind angewiesen, soweit es nicht möglich ist, im Benehmen mit den Innungen einen entsprechenden Preis festzusetzen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Die Bezirksämter werden mit den städtischen Kommunalverbänden wegen der etwaigen Festsetzung eines Höchstpreises für markenfreies Brot in Verbindung treten.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über den ferneren Bezug von Markenbrot, die gewisse Personenklassen vom Bezug des Markenbrots ausschließen werden, vom Reichsernährungsministerium noch getroffen werden, daß also vorerst noch die gesamte Bevölkerung zum Bezug von Markenbrot berechtigt ist.

Sonntagsfahrverbot für Kraftfahrzeuge.

** Der Ausflugsverkehr an Sonntagen ist unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen von besonderer Bedeutung für die Volksgesundheit. Da dieser Verkehr in großen Teilen des Landes auf Straßen angewiesen ist, und dort unter der Staubentwicklung der Kraftfahrzeuge sehr zu leiden hat, haben die Bezirksämter Weisung erhalten, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf denjenigen Straßen zu sperren, auf denen ein beträchtlicher Sonntagsverkehr stattfindet. Diese Sperre soll jedoch nur da angeordnet werden, wo sich der Kraftfahrzeugverkehr ohne allzu großen Zeitverlust umleiten läßt.

Außerdem wird jeweils geprüft werden, ob der Verkehr mit Kraftfahrzeugen während des ganzen Sonntags oder nur für gewisse Tageszeiten zu sperren ist, sowie ob das Verbot auf die gute Jahreszeit beschränkt werden kann oder das ganze Jahr hindurch aufrecht erhalten werden muß. Der Verkehr gewisser Personen z. B. von Ärzten und Tierärzten wird vom Verbot ausgenommen werden müssen. Bei dieser Regelung wird von den Bezirksämtern den Interessenten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Bei gewissen dem Durchgangsverkehr dienenden Straßen erfolgt die Sperre nur mit besonderer Genehmigung des Ministeriums des Innern.

Friede im Innern. Der Feind vor den Toren!

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd" folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters:

Die bayerische Sonderverordnung ist am 24. August, also 6 Tage nach dem ursprünglich in Aussicht genommenen Zeitpunkt aufgehoben worden und die verfassungsmäßige Rechtseinheit im Reiche ist wieder hergestellt. Dieses Ergebnis der Verhandlungen, die neuerdings in Berlin zwischen der Reichsregierung und einigen bayerischen Ministerien geführt worden sind, ist selbstverständlich mit Freuden zu begrüßen und man wird es sich gerne versagen, die beiderseitigen Zugeständnisse, durch welche diese Einigung ermöglicht worden ist, auf der Goldwage gegeneinander abzuwägen. Es kann sehr wohl sein, daß die praktische Bedeutung dieser Zugeständnisse für beide Teile sehr erheblich hinter ihrer grundsätzlichen Tragweite zurückbleibt, und die Hauptsache ist jedenfalls, daß die in der Reichsverfassung begründete Verpflichtung aller Länder zur Ausführung der Gesetze zum Schutze der Republik nunmehr endgültig anerkannt ist. Damit ist eine Störung unseres Verfassungslebens beseitigt, die angesichts unserer mit unheimlicher Geschwindigkeit sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der uns von außen drohenden Gefahr als immer unerträglicher empfunden werden mußte.

Was diese äußere Gefahr anbelangt, so könnte man sie durch den bekannten Alarmruf „Hannibal vor den Toren" kennzeichnen, wenn dadurch Herrn Poincaré nicht allzuviel Ehre geschähe. Der französische Ministerpräsident hat neuerdings in Bar-le-Duc eine große Rede gehalten, in der er die Berechtigung und Notwendigkeit seiner Politik zu begründen versuchte, und selbstverständlich ist nicht nur die französische, sondern auch die belgische Presse dienstwillig bereit, ihm zu bezeugen, daß seine Gründe durchschlagend seien. Wo man die Dinge sachlich ansieht und beurteilt, wie es glücklicherweise auch in einem großen Teil der englischen Presse jetzt geschieht, ist man sich dagegen völlig klar darüber, daß es sich bei dieser Rede keineswegs um logische Folgerungen aus einem festgestellten Tatbestand handelt, sondern einfach um die sophistische Begründung eines im voraus feststehenden Entschlusses und dieser Entschluß geht dahin, unter allen Umständen und auf jede Gefahr hin auf dem Schein zu bestehen, den der Versailler Vertrag Frankreich ausgestellt hat. Nicht ein siegreicher tapferer Feldherr, sondern ein unerbittlicher, wucherischer Gläubiger, der jede Nachprüfung seiner erschlichenen Forderung hartnäckig ablehnt, steht vor unserer Türe und schickt sich an, alle Gewaltmittel gegen uns anzuwenden, die ihm zu Gebote stehen. In dieser Beziehung unterscheidet sich aber Herr Poincaré auch wieder von seinem Vorbilde Shylock, denn er stützt sich nicht etwa auf das formale Recht, das gar nicht ohne weiteres auf seiner Seite steht, sondern einfach auf die Tatsache, daß Frankreich die militärische Macht hat, jede Brutalität auszuführen, und daß es keine Macht in Europa gibt, die in der Lage wäre, ihm zu wehren.

So steht die Gefahr eines völligen Zusammenbruches unserer Wirtschaft riesengroß vor unseren Augen. Vielleicht besteht eine leise Hoffnung, daß die lächerliche Behauptung Deutschland führe die Entwertung der Mark systematisch selbst herbei, angesichts der erschreckenden Tatsachen der letzten Tage sich nicht mehr aufrecht erhalten wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber stehen wir vor Ereignissen, denen wir nur dann einigermaßen zu begegnen hoffen können, wenn wir alle unsere Kräfte, die materiellen wie die ideellen, die wirtschaftlichen wie die sittlichen, vereinigen, um dem zu erwartenden Stoße Stand zu halten. Und gerade unter diesem Gesichtspunkte erscheint es erfreulich, daß die Verständigung zwischen Berlin und München gerade noch rechtzeitig zustande gekommen ist. Den Luxus von Verfassungskrisen können wir uns in solcher Zeit wirklich nicht leisten. Aber es wäre allerdings dringend wünschenswert, daß die Einigung noch weiter ginge. Bisher hat es immer noch Leute gegeben in Deutschland, die beim Niedergang der öffentlichen Wirtschaft sich gar nicht so übel befanden und sich wohl gar vor dem Tage fürchteten, an dem die Mark sich erholen könnte. Jetzt, da der Dollarkurs auf 2000 steht und damit die Erschwerung aller Ankäufe von Lebensmitteln und Rohstoffen zur baren Unmöglichkeit wird, dürfte wohl auch den Wucherern und Spekulationsgewinnlern allmählich bange werden und die Erkenntnis aufgehen, daß das sinkende Schiff schließlich auch sie und ihre angesammelten papierenen Reichtümer in den Abgrund reißen wird. Der Tag, an dem diese Erkenntnis sich durchsetzt, könnte trotz allem, was wir in diesen Tagen erleben und was uns noch bevorsteht, der Anfang der Besserung und des Aufstieges werden.

Eine deutsche Antwort an Poincaré.

Von amtlicher Seite wird dem **Wolffbüro** zu den beiden kürzlich vom französischen **Ministerpräsidenten** gehaltenen **Reden** folgendes mitgeteilt:

Der **französische Ministerpräsident** hat in seiner Rede in **Bar-le-Duc** am 1. August einen Vergleich zwischen der deutschen und der französischen Zahlungs- und Handelsbilanz gezogen, mit dem Ziele, nachzuweisen, daß der Sturz der Mark nicht durch die Passivität der deutschen Zahlungs- und Handelsbilanz verursacht worden ist. In einem Punkte ist dem französischen Ministerpräsidenten recht zu geben. Bis zu diesem furchtbaren Tiefstand und in diesem schnellen Tempo die Mark zu entwerten hätte die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz allein nicht ausgereicht. Die letzte Entwertung von 1/150 auf mindestens 1/450 ihres Friedenswertes ist aber vollends **durch die Politik der Drohungen und Retorsionen verschuldet** worden. Die deutsche Wirtschaft ist durch den Krieg vollständig erschöpft und durch den Waffenstillstand sowie den Friedensvertrag aller Aktiven beraubt worden, mit denen Auslandszahlungen geleistet werden könnten. Deutschland hat seine ausländischen Wertpapiere abliefern müssen, seine Handels- und Industrieunternehmungen im Auslande sind liquidiert worden, seine Handelsflotte mußte zum eigenen Nachteile der alliierten Schiffahrt abgeliefert werden, seine Kolonien sind ihm weggenommen worden und darüber hinaus wurde die **deutsche Wirtschaft** auf das **schwerste geschädigt** durch die Wegnahme wichtiger Kohlen- und landwirtschaftlicher Gebiete, durch Kohlen-, Holz- und sonstige Warenlieferungen, durch Zollzwischengrenzen, durch Durchbrechung seiner Ein- und Ausfuhrvorschriften, durch aufgezwungene Überschwemmung mit überflüssigen Luxuswaren, durch Knebelung mit einer einseitigen Meistbegünstigung usw. In diesem Punkte unterscheidet sich Deutschlands Lage von der Frankreichs nicht nur jetzt, sondern sie läßt auch **keinen Vergleich** zu mit der Lage **Frankreichs nach 1871. Der Friede von Frankfurt** hat die französische Wirtschaft ganz intakt gelassen, deshalb hat Frankreich damals verhältnismäßig leicht die Kriegsentschädigung leisten können. Der **Vertrag von Versailles** hat aber Deutschland zuerst aller Möglichkeiten zu Auslandszahlungen beraubt und trotzdem die Verpflichtung zu großen Auslandszahlungen auferlegt. Es gibt nur drei **Formen**, in denen ein Land **Leistungen** an das Ausland machen kann, nämlich

1. durch **Arbeit**, sei es in Form von Warenausfuhr oder von Industrie- und Handelsunternehmungen oder durch Schiffahrt in das Ausland, sei es durch Abgabe von Arbeitskräften an das Ausland;
2. durch **Verkauf von ausländischen Wertpapieren**;
3. durch **Zahlung mittels Auslandskrediten.**

Alle diese **Leistungsmöglichkeiten hat der Vertrag von Versailles weggenommen oder unmöglich gemacht**, wie die Aufnahme von Krediten, oder sie sind abgelehnt worden, wie das wiederholte Angebot zum Wiederaufbau von Nordfrankreich durch deutsche Arbeitskräfte. Der **Kredit Frankreichs** ist dagegen sowohl 1870 wie jetzt unberührt geblieben und ist in den letzten Jahren im vollen Umfange, besonders von den französischen Kommunen und Departements im Auslande ausgenutzt worden. Deutschland aber wird der internationale Kredit verweigert sowohl von der Bank von England als auch von der Bankierkommission, mit der Begründung, daß der Vertrag von Versailles und das Londoner Ultimatum Deutschland kreditunwürdig machten.

Die **Beweisführung Poincarés** für die Behauptung, daß Deutschland die Entwertung der Mark selbst herbeigeführt habe, ist daher **falsch**. Der **Reichskanzler** hat erst kürzlich in einer Ansprache an die ausländische Presse darauf hingewiesen, welche furchtbaren Folgen der Marksturz auf die Teuerung für Deutschland haben mußte und daß es Wahnsinn von einer Regierung wäre, diese Folgen selbst herbeizuführen.

Wenn man danach forscht, wer auf der Welt von der Markverschlechterung eigentlich einen Nutzen hat, so findet man: nur Frankreich und die französische Industrie. Diese Tatsache erklärt die sonst unverständliche französische Politik. Je mehr die Mark sinkt, desto billiger erhält Frankreich Kohle. Während noch im Mai 1920 kurz vor der Konferenz in Spa die deutschen Kohlen- und Kokslieferungen 18—25 Goldmark für die Tonne wert gewesen sind und mit diesem Werte auf dem Reparationskonto gutgebracht wurden und während Deutschland damals sogar noch eine Extraprämie von 5 Goldmark in Bar gezahlt worden ist, werden für die deutsche Kohle heute nur noch 4 bis 5 Goldmark im ganzen für die Tonne auf dem Reparationskonto gutgeschrieben. Frankreich erzielt bei einem solchen Preise für sich selbst Milliardengewinne aus den deutschen Kohlen, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles Deutschland nicht mehr gutgeschrieben werden. Es kann trotzdem noch seine Eisenindustrie mit so billiger Kohle versorgen, daß die übrigen Eisenindustrien damit nicht konkurrieren können; **die stillgelegten Hochöfen in den Vereinigten Staaten und in England sowie die Millionen von Arbeitslosen in diesen beiden Ländern sind die direkten Folgen dieser französischen Politik.**

Der **französische Ministerpräsident** hat in Bar-le-Duc **weiter behauptet**, Deutschland habe im Dezember 1921 an Barzahlungen und Sachlieferungen **erst vier Milliarden Goldmark geleistet.** Diese Behauptung ist vollständig **falsch**. Deutschland hat bis jetzt an Barzahlungen aus dem Friedensvertrage 2,2, an **Sachleistungen** 16,3 Milliarden Goldmark geleistet, dazu kommen 19,7 Milliarden Goldmark für die **Besatzungskosten**, die Abtretung der deutschen Ansprüche an die deutschen Kriegsverbündeten, das **deutsche liquidierte Eigentum** im Auslande und sonstigen zusammen, also **über 38 Milliarden Goldmark.**

Rechnet man dazu noch den Wert der von Deutschland abgetretenen Gebiete und den Wert der deutschen Kolonien, so kommt man zu einer Leistung Deutschlands von **mehr als 100 Milliarden Goldmark**, wie sie Minister Rathenau in seiner Reichstagsrede am 29. März 1922 im einzelnen berechnet hat, d. h. auf ein Drittel des ganzen deutschen Nationalvermögens vor dem Kriege.

Der französische Ministerpräsident hat von neuem den **Vorwurf** erhoben, daß **Deutschland die Kapitalflucht begünstigt** und nicht genügend bekämpft habe. Die deutsche Regierung hatte von sich aus, schon lange bevor die Reparationskommission dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zugewendet hatte, **Maßnahmen gegen die Kapitalflucht** getroffen, die bei der jetzigen Lage des Wirtschaftsverkehrs einen Erfolg erwarten ließen. Sie hat darüber hinaus auf das Verlangen der Reparationskommission noch weitere Maßnahmen getroffen und wird noch weitere treffen, obwohl diese Maßnahmen mit der Lage des Wirtschaftsverkehrs nicht mehr zu vereinbaren sind und kaum einen Erfolg erwarten lassen. Es wird aber die **Frage** an den französischen Ministerpräsidenten zu richten sein, ob er denn glaubt, daß die **französischen Vorschriften** zur Bekämpfung der Kapitalflucht irgend einen **Erfolg** hatten? Auch aus den Siegerstaaten und auch aus Frankreich ist Kapital nach dem Auslande gegangen trotz der dort bestehenden Vorschriften. Da der französische Ministerpräsident auf die englische Zeugenschaft so großen Wert legt, wo sie sich scheinbar gegen Deutschland richtet, so möge er sich doch daran erinnern, was kürzlich Sir Robert Horne über diese Frage in einer Rede im Unterhause geäußert hat. Er sagte: „Die einzige tatsächliche und endgültig wirksame Methode, die Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern, ist die, den Kapitalbesitzern genügend Vertrauen auf Deutschland beizubringen, um ihr Kapital dort zu lassen."

Der französische Ministerpräsident hat in einer Rede am 20. August, die der Rede in Bar-le-Duc vorausging, erneut **das Wort von der disziplinierten Barbarei** der **deutschen** Truppen aufgenommen. Er hat wieder einmal gegen die frühere deutsche Regierung den Vorwurf erhoben, daß sie gemeine Verbrechen offiziell ermutigt und aus der Mißachtung des Volkerrechts und aus der unmenschlichen Behandlung der Zivilbevölkerung in den vom deutschen Heere besetzten Gebieten ein System gemacht habe. Neu ist in seinen Ausführungen lediglich die Begründung, die er für dieses System findet. Er behauptet, daß die deutsche Regierung durch **systematische Verübung** von Grausamkeiten die Feinde habe **mürbe** machen wollen, weil sie daran verzweifelt sei, auf eine andere Weise als durch Schrecken den Sieg zu erringen. Wie verfehlt diese Annahme ist, zeigt schon der Umstand, daß die Handlungen, deren Verübung den deutschen Truppen vorgeworfen wird, fast ausnahmslos während des siegreichen Vormarsches im Jahre 1914 begangen sein sollen, also zu einer Zeit, in der von einer Verzweiflung Deutschlands wahrlich noch nicht die Rede sein konnte. Daß Verstöße gegen das geltende Recht des Krieges vorgekommen sind, wird niemand bestreiten. Aber für Hand-

lungen einzelner die ganze **Armee verantwortlich** zu machen, ist **Verunglimpfung**, die nicht nur die Armee, sondern das deutsche Volk trifft, das die Armee gebildet hat. Gegen diese Verunglimpfung müssen wir uns auf das **Entschiedenste** verwahren.

Verwahren müssen wir uns auch **gegen die Darstellung**, wie sie namentlich französischerseits während des Krieges und nach dem Kriege verbreitet worden ist, daß solche Missetaten **nur von deutscher Seite** begangen worden seien. Auch auf der **Seite unserer Gegner wurde gesündigt, und die Fälle von Grausamkeiten, Mißhandlungen wehrloser Gefangener, von Plünderungen und Mordtaten**, die uns von den **französischen Truppen** bekannt wurden, und deren **Wahrheit unwiderleglich feststeht, sind nicht minder schwer**, als diejenigen, die man den deutschen Soldaten vorwirft. Ob die **französische** Regierung es sich hat angelegen sein lassen, die französische Soldaten über die betreffenden Fälle ebenso **aufzuklären** und die **Schuldigen zur Verantwortung** zu ziehen, wie dies in Deutschland geschehen ist, kann füglich **bezweifelt** werden. **Nur wenn dies geschähe**, wenn alle am Kriege beteiligt gewesenen Länder in gleicher Weise die auf ihrer Seite vorgekommenen Verfehlungen verfolgten, wäre der **Gerechtigkeit** gedient, in deren Namen der französische Ministerpräsident zu sprechen **vorgibt**.

In dem Augenblick, wo alle Kräfte angespannt werden müssen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht nur Deutschlands, sondern auch aller mit ihm in Berührung stehenden europäischen Staaten zu **verhindern, können solche Reden, wie sie Poincaré immer wieder hält, nur Unheil stiften.**

Badische Wochenrückblicke.

Gegen den Ausverkauf.

Seit dem Eintritt der neuen, katastrophalen Entwertung der Mark ist in den badischen Grenzstädten wieder ein allgemeiner Sturm valutastarker Ausländer auf die Ladengeschäfte im Gange, ähnlich wie er schon einmal zu beobachten war, als Tausende von sogen. Valutajägern unter Land in erbarmungsloser Weise brandschatzten. Wie damals wird auch heute wieder von solchen unerwünschten Gästen alles, was nicht niet- und nagelfest ist, für ein Spottgeld nach ausländischen Begriffen zusammengekauft, vielfach nicht etwa persönlichem oder häuslichem Bedürfnis entsprechend, sondern aus nackter, purer Ramschgier und schäbigster Gewinnsucht heraus, die das Elend eines verhungernden Volkes ausnützt, um sich mühelos zu bereichern. Es ist begreiflich, daß angesichts dieses Treibens sich des deutschen Volkes eine lebhafte Empörung bemächtigt, die auch in der Presse ihren Niederschlag findet. Es fehlt auch nicht an Vorschlägen zur Bekämpfung der bedauerlichen Erscheinung. So redet beispielsweise die „Freiburger Tagespost" den Geschäftsinhabern ins Gewissen, indem sie u. a. sagt: Es wird ein Gebot der Selbsthilfe sein, das uns zur Verfügung steht, wenn die Geschäfte an die Ausländer so lange nichts mehr abgeben, bis wieder eine Stabilisierung eingetreten ist. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn der Kaufmann glaubt, sich jetzt zu nützen durch Auslandsgeschäfte. Er wird seine Waren an Ausländer los und kann für das eingenommene Geld von denselben Ausländern keine Rohstoffe mehr beziehen. Aussperrung der Ausländer bis zur Stabilisierung der Mark ist keine politische Unfreundlichkeit, sondern wirtschaftliche Nothilfe. Jeder Ausländer, der Anstand hat, wird diese Sachlage begreifen." Wir können diese Worte nur unterschreiben. Freilich werden die Kaufleute nicht mit Unrecht einwenden, daß der Rat nicht ganz leicht zu befolgen ist, einmal darum, weil der Verkäufer in vielen Fällen ja garnicht wissen kann, ob der Kaufende In- oder Ausländer ist, zum anderen deshalb, weil es ja jedem Ausländer unbenommen bleibt, sich der bezahlten oder auch der bloßen Freundschaftsdienste guter Bekannter aus Deutschland selbst zu bedienen, indem er diese in seinem Auftrag kaufen läßt. Gibt es doch bei uns leider Gottes Gewissenlose und Dummköpfe genug, die sich eine Ehre daraus machen, ausländischen Bekannten bei ihren Hamsterreisen behilflich zu sein und ihnen nach Möglichkeit noch die billigsten, oft zugleich die letzten Bezugsquellen zugängig zu machen. Daß sie damit nichts anderes als eine Art Verrat an den eigenen Volksgenossen begehen, kommt diesen, von einer ganz falschen Auffassung von Höflichkeit und Zuvorkommenheit besessenen Liebedienern kaum zu Bewußtsein.

Vielfach befinden sich unter den ramschenden Ausländern solche, die ohne Erlaubnis, insbesondere über das besetzte Gebiet, bei uns eingereist sind. Da diese Ausländer bei der derzeitigen Spannung zwischen dem deutschen und ausländischen Geld und bei der daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Notlage die deutschen Interessen aufs schwerste gefährden, haben, wie gestern amtlich bekannt gegeben wurde, die Bezirksämter, die Gendarmerie und die Bürgermeisterämter Anweisung erhalten, gegen Reisende, bei denen der Verdacht der unerlaubten Einreise vorliegt, sofort polizeilich vorzugehen. Das Bezirksamt wird im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft die gerichtliche Bestrafung dieser Ausländer herbeiführen. Außerdem werden die Bezirksämter derartige Ausländer aus Baden ausweisen. Die Bezirksämter werden mit Rücksicht auf die ungeheueren Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage für die schärfste Durchführung dieses Erlasses ganz besonders Sorge tragen. Damit wäre dann immerhin einem erheblichen Teil der unerwünschten Leute, die einen derartigen Mißbrauch mit der deutschen Gastfreundschaft treiben (selbstverständlich gehören nicht alle Ausländer zu dieser Kategorie von Zeitgenossen), das Handwerk gelegt.

Leider beteiligt sich im übrigen auch die einheimische Verbraucherschaft an dem gegenwärtigen Ausverkauf der städt. Ladengeschäfte. Der fürchterliche Kurssturz hat eine allgemeine Panik hervorgerufen, die sich in einem kaum jemals dagewesenen Ansturm auf die Verkaufsstellen äußert. In Zeiten, in denen jede Stunde neue Geldentwertung und neue Preisaufschläge bringen kann, sucht eben jeder nach Möglichkeit, sich rechtzeitig noch mit dem nötigsten Lebensbedarf wenigstens auf einige Zeit hinaus einzudecken. Freilich kommt er meist zu spät; ist doch die Sahne längst von anderen abgeschöpft. Die Geschäftsleute wüßten u. E. manches Lied darüber zu singen, wie ein Teil derjenigen, die sich heute alles leisten können, seit Monaten ihr Geld in Lebensmitteln und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs fest und sicher angelegt haben; es waren bestimmt nicht nur ausländische Schieber, die in kostbaren Autos durch unsere Geschäftsstraßen fuhren und die misera contribuens plebs durch ihre Masseneinkäufe in staunende Verwunderung versetzten. Hört man doch oft genug auf der Eisenbahn und anderswo erzählen, daß dieser und jener in Stadt und Land sich und seine Familie auf zehn Jahre hinaus mit Anzügen, Schuhen, Wäsche und allem nur irgendwie Erdenklichen versorgt hat. Die Annahme liegt nahe, daß in den wohlgefüllten Vorratskammern dieser Leute auch ein großer Teil der notwendigsten Nahrungsmittel verschwunden ist. Was freilich keine Behörde verbieten konnte, da ihr ja auf Betreiben derer, die glaubten — oder zu glauben vorgaben —, daß die Freigabe der Wirtschaft automatisch und zwangsläufig zu einer Vermehrung und Verbilligung der Vorräte führen werde, die Handhabe dazu mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft entzogen wurde.

In diesen schicksalsschweren Tagen beraten nun die zuständigen Reichsstellen und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in Berlin über Mittel zur Abwendung der Wirtschaftskatastrophe. Die Gewerkschaften haben eine Reihe einschneidender Maßnahmen vorgeschlagen, über die zunächst im Einzelnen beraten wird. Inwieweit diese grundsätzlichen Forderungen Verwirklichung finden werden, ist zurzeit noch nicht entschieden. Das eine aber steht heute schon fest: daß alle anständig Denkenden zusammenstehen müssen, um den zu erlassenden Bestimmungen, gleichviel welcher Art sie sein mögen, zur strikten Durchführung zu verhelfen. Ohne eiserne Selbstdisziplin und ohne rücksichtslose Bekämpfung aller, die den Interessen der Gesamtheit aus schnödem Eigennutz zuwiderhandeln, werden wir die Rettung aus dem Chaos nicht finden.

Politische Neuigkeiten.

Der Abschluß der Berliner Verhandlungen.

Die Reichsregierung veröffentlicht über das Ergebnis der Reparationsverhandlungen folgende **amtliche** Mitteilung:

„Die offiziösen Besprechungen zwischen Sir John Bradbury und Herrn Mauclère einerseits, dem Reichskanzler und dem Reichsminister der Finanzen andererseits, die am letzten Montag begonnen haben, wurden heute zu Ende geführt und die Vertreter der Reparationskommission sind nach Paris zurückgekehrt. Obwohl man nicht sagen kann, daß diese Verhandlungen bis jetzt ein positives Ergebnis gehabt haben, so sind doch **verschiedene Anregungen gegeben und geprüft worden**; die Vertreter der Reparationskommission glauben jetzt in der Lage zu sein, der Reparationskommission **über die gegenwärtige Lage Deutschlands Auskunft zu geben, was der hauptsächlichste Zweck** ihrer Reise nach Berlin war, sowie die Reparationskommission über die oben erwähnten Anregungen zu unterrichten."

Über die Einzelheiten der Verhandlungen ist noch nichts weiter bekannt geworden. Zuverlässig weiß man, wie die „Frkf. Ztg." berichtet, nur, daß die ursprüngl. erwogenen **Pfandforderungen**, die sich auf die Wälder und Staatsbergwerke im besetzten Gebiet bezogen, von der Reichsregierung von vornherein **abgelehnt** worden sind. Im übrigen seien in den Verhandlungen von deutscher Seite wiederholt Vorschläge gemacht worden, die ein Aequivalent für die Garantieforderungen der Gegenseite bieten sollten. Es könnte nur strittig sein, wieweit sie jeweils als offizielle Angebote der Reichsregierung gelten konnten. Der Vorschlag, für die etwaigen Ausfälle bei den Holz- und Kohlenlieferungen eine **Garantie** zu schaffen durch die **Sicherstellung eines Gold- oder Devisenfonds** von etwa 50 Millionen Goldmark, ist durch die Ablehnung der Vertreter der Reparationskommission bald **hinfällig geworden.**

Die **Reichsregierung** hat sich in ihren vorgestrigen und gestrigen Beratungen bemüht, **neue Wege** zu finden, auf denen eine Vereinbarung erzielt werden könnte, und diese neuen Projekte dürften, dem genannten Blatt zufolge, die Grundlage für die gestrige Besprechung mit den Herren Bradbury und Mauclère gebildet haben. Die beiden Herren sind, wie es scheint, nicht bevollmächtigt, eine definitive Entscheidung über die Tauglichkeit deutscher Anerbietungen für die Reparationskommission zu fällen. Der Ausgang der Verhandlungen dürfte unter diesen Umständen der sein, daß sie der Reparationskommission einfach den letzten deutschen Vorschlag unterbreiten. Die amtliche deutsche Mitteilung scheint diese Annahme zu bestätigen. Das Schicksal des Vorschlages selbst bleibt damit ungewiß und ebenso das **Schicksal des deutschen Gesuches um das Moratorium.** Hierüber hat die Reparationskommission das letzte Wort zu sprechen, und man nimmt hier an, daß sie ihre Entscheidung Anfang der nächsten Woche treffen wird.

In einem späteren Bericht desselben Blattes heißt es u. a. noch: „Nach langem Hin und Her ergab sich für die Reichsregierung schließlich nur noch die Möglichkeit, der Reparationskommission ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung durch das Angebot **privatrechtlicher Garantien** für die korrekte **Durchführung der Holz- und Kohlenlieferungen** zu beweisen. Der Wert dieser Zusage wird dadurch erhöht, daß es der Reichsregierung möglich war, in Besprechungen mit namhaften Vertretern der Schwerindustrie deren Geneigtheit zur Mitwirkung festzustellen. In einer Aussprache beim Reichsfinanzminister Dr. **Hermes**, die gestern abend stattfand und an der auch Herr **Stinnes** teilnahm, wurde ebenfalls die Möglichkeit eines solchen Vorgehens anerkannt und die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Bergarbeiterorganisationen zum Verfahren von **Überschichten**, die ebenfalls gestern in den Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium festgestellt wurde, würde auch die materiellen Voraussetzungen für den deutschen Garantievorschlag schaffen. Vorläufig ist der Plan nur in seinen Umrissen vorhanden, soll aber so rasch wie möglich von den Ressorts ausgearbeitet und dann der Reparationskommission vorgelegt werden. Man denkt sich offenbar die Erhöhung des heutigen Lieferungsverhältnisses durch **privatrechtliche Verträge** der Kohlen- und Holzlieferanten entweder mit dem Reich oder mit den ausländischen Bezugsberechtigten, wobei noch die Einschaltung von **Konventionalstrafen** die Sicherheit der Lieferungen erhöhen könnte. Die Herren Mauclère und Bradbury haben sich bereit erklärt, ohne selbst zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen, ihn der **Reparationskommission zu übermitteln.**"

*

Reuter teilt mit, daß **Lloyd Georges sofortige Rückkehr** nach London nicht im Zusammenhang mit der britischen Frage steht, sondern auf die **Reparationsfrage** zurückzuführen sei, sowie auf die Tatsache, daß der frühere Kandidat für die amerikanische Präsidentschaft, **Cox**, in London eingetroffen ist, und mit Lloyd George zu sprechen wünscht.

*

London, 25. Aug. Im **Mittelpunkt des öffentlichen Interesses** steht der **Sturz der deutschen Mark.** Zeitungsplakate verkünden heute nachmittag in Fettdruck mit den Worten: **„Krach der Mark"** den Sturz der Mark auf 11 000 für ein Pfund Sterling. Die Blätter würdigen die zum Schluß eingetretene Erholung auf 8000. Auf dem **Geldmarkt herrscht große Aufregung** und Unsicherheit. Die Blätter fragen, wo das hinführen soll. **Das Chaos nehme in Mitteleuropa von Tag zu Tag zu und ziehe den Handel und die Industrie der ganzen Welt in Mitleidenschaft.**

*

In der gesamten Presse spiegelt sich die **große Besorgnis** wieder, die das **Scheitern der Berliner Verhandlungen** und der **ungeheure Sturz der Mark** im Gefolge haben. Die „Times" veröffentlicht das Schreiben eines erfahrenen **Beobachters europäischer Angelegenheiten**, der die Lage in Deutschland als sehr ernst bezeichnet. Wenn in Deutschland **Hunger und Unruhen ausbrechen**, werde Deutschland durch eine **wirtschaftliche Katastrophe überwältigt werden, die niemand eindämmen oder aufhalten könne.** Was wird dann aus den jungen Ländern Mitteleuropas werden? Was wird die **Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit in England und die Wirkung eines partiellen Bankrotts** in Frankreich sein? Der Schreiber führt das Wort Mirabeaus an: Der **Bankrott steht vor Europas Tür und ihr redet!** „Daily Expreß" sagt, wenn kein Wunder geschehe, sei Deutschland verloren. Die Hoffnung, daß im gegenwärtigen Augenblick Reparationen in bar von einem Lande erzielt werden könnten, dessen Finanzen sich in einem derartigen Chaos befinden, müsse aufgegeben werden. Das **einzige Heilmittel sei die Herabsetzung der Entschädigungssumme.**

„Evening Standard" berichtet, in der Londoner City frage man sich, ob sich ein weiterer Sturz der Mark bis auf den Nullwert vollziehen werde. Die Rückwirkung auf die übrigen Wechselkurse, wie den französischen, belgischen und italienischen, sei ernst. Das könne nicht so weiter gehen.

„Manchester Guardian" schreibt: **Wir haben Rußlands Fall in den Abgrund** mit angesehen und nicht **geholfen**; wir haben beobachtet, wie **Österreich ihm folgte und haben nicht versucht, seinen Fall aufzuhalten. Wenn Deutschland jetzt ebenfalls folgt, so wird dies nicht teilweise, wie im Falle Rußlands und Österreichs, sondern ganz das Werk der Alliierten sein. Deutschland hätte das gesamte zerstörte Gebiet wieder herstellen können und hat sich dazu erboten. Aber Haß und Rachsucht haben sich überboten. Die Alliierten, mit England an der Spitze, haben eine Rechnung eingesandt, die kein Land der Welt hätte bezahlen können.** Aber obwohl die meisten dies jetzt einsehen, übt das trotzdem einen sehr geringen Einfluß aus. **Deutschland wird weiter bis zum wirtschaftlichen Erliegen ausgeplündert.** Allerdings hält sich England von der **Ausplünderung fern; aber dies Abseitsstehen ist kein Heilmittel. Die Alliierten tragen zusammen die Verantwortung** für die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages. **Das Gebäude bricht zusammen und die Bewohner können sich nur durch die Flucht retten. Wir müssen aber darin leben und werden unter seinen Trümmern begraben werden. Ob Deutschland bezahlt oder nicht, ist eine Lappalie für Frankreich und England verglichen mit der weit größeren Frage, ob Deutschland in einem Jahr derselbe Krüppel sein wird, wie es Österreich heute schon ist.**

Poincarés Eroberungsmethoden.

Unter dieser Überschrift schreibt R. P. in der Grenzl.-Korrespondenz:

Poincaré hat am Montag wieder einmal einer seiner berüchtigten Reden gehalten, diesmal in Bar-le-Duc. Es handelt sich wieder um eine der bereits üblichen Drohreden gegen Deutschland, der er diesmal eine größere Einschüchterungsnote gegen England beimischte. Im einzelnen auf seine Worte einzugehen erübrigt sich. Nur auf einen Widerspruch soll hingewiesen werden, der in seiner Montagsrede gegenüber seiner vor wenigen Tagen französischen Journalisten gemachten Ausführungen unüberbrückbar klafft. Am Montag wiederholte er seine schon oft erhobenen Vorwürfe gegenüber **Deutschland**, es habe **absichtlich die Markvaluta entwertet**, habe seine Finanzen nicht in Ordnung gebracht usw. Und gleichzeitig zählt er die **„absichtlichen Unterlassungen Deutschlands"** auf: Es hat die Zahlungen nicht erfüllt, hat die ihm auferlegten Holz- und Kohlenlieferungen nicht ausgeführt, es hat den Notenumlauf vermehrt, es hat Ausgaben gemacht für Dinge, die nicht notwendig waren u. a. mehr.

Welch „braven Charakter" offenbart Herr Poincaré, wenn er gestern erklärte, **„Frankreichs Politik** sei weder engherzig noch blind" und wenn man dieser Erklärung seine Worte entgegensetzt, die er vor nicht 14 Tagen französischen Journalisten gegenüber aussprach: **„Mir würde es weh tun, wenn Deutschland bezahlte. Dann müßten wir das Rheinland räumen, und so würden wir den Nutzen der Experimente verlieren, die wir unternehmen,** um friedlich, aber mit den Waffen in der Hand, **die Bevölkerung am Ufer des Grenzflusses zu erobern!"** Also: Der Rhein ist nach Poincaré heute schon Grenzfluß, jetzt gilt es nur, die Bevölkerung noch zu erobern! Aber die französische Politik ist nicht engherzig, deshalb greift sie über diesen „Grenzfluß" schon hinaus und verlangt die Staatsbergwerke im Ruhrgebiet. Poincaré hat dies am Montag ohne Erröten ausgesprochen, **derselbe Poincaré, dessen Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland** aus den **russischen Geheimarchiven und anderen Dokumenten aktenmäßig feststehen.**

Die Welt **sieht klarer mit jedem Tag** und dennoch: **Poincaré regiert die Stunde!** Die **Anschuldigungen**, die täglichen Beleidigungen, die er gegen Deutschland erhebt, sind so unlogisch und innerlich unwahr, daß nur **„böser Wille"** oder **Besorgnis vor einem 800 000-Mann-Heer**, vor **der stärksten U-Boot- und Luftflotte daran hindern, solchen lügnerischen Behauptungen auch auf Ententeseite energisch entgegenzutreten.** Die **Reparationsverpflichtungen Deutschlands** sollen sich im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit halten — niemand auf Ententeseite hat den ernsthaften Willen bekundet, diese Leistungsfähigkeit festzustellen. Sie steht und fällt aber mit der **Stabilität der deutschen Valuta** und diese mit der vernünftigen oder unvernünftigen Einstellung der Ententepolitik gegen Deutschland. **Wie soll Deutschland das Liefersoll erfüllen, wenn man ihm eine Kohlengrube nach der anderen raubt?** Die Saargruben, die oberschlesischen Gruben und daneben Bedrohung der Ruhrgruben! Sind die Sachlieferungen, wie sie das Wiesbadener Abkommen vorsieht, nicht nur durch Frankreich sabotiert worden?

Böser Wille Deutschlands oder Frankreichs? Und dann die Handelsbilanz Deutschlands! Das „Nachrichtenblatt zur rein sachlichen Berichtigung der Falsch- und Hetzmeldungen über das besetzte Gebiet", herausgegeben vom französischen Pressedienst in Koblenz, sagt in einem Nachdruck sehr richtig, daß Deutschland im Friedensvertrag gezwungen wurde, **seine Handelsflotte bis auf einen kleinen Rest von Schiffen den Siegern auszuliefern.** Zweifellos hoffte die französische Vergewaltigungspolitik, die deutsche Handelsflotte für alle Zeiten niederhalten zu können. Wenn es trotzdem deutschen Unternehmungsgeist, hanseatischer Zähigkeit gelang, in verhältnismäßig kurzer Zeit aus den Ruinen der deutschen Handelsflotte neues Leben zu erwecken, so ist das ein Punkt, der nicht in Frankreichs Vernichtungsplan paßt. Deshalb Poincarés Bemerkung von Deutschlands „verschwenderischen Zuschüssen zum Nutzen seiner Staatsangehörigen", über die das genannte Nachrichtenblatt allerdings wahrheitsgetreuer berichtet, daß „sie nicht ausreichten, vollen Ersatz zu leisten".

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Poincarés Politik liegt klar zutage: **Er will nicht, daß Deutschland zahlt, darum tut er alles, um die Mark zu entwerten, damit er in den Besitz „positiver Pfänder“** gelangt. Denn: **„Es ist besser, neue Gebiete zu erobern, als Geldeinstreichen und Reparieren!“** R. P.

Die Aufhebung der Retorsionsmaßnahmen

Havas meldet: Die Entschließung des Generalkommissars der Republik vom 5. August 1922 durch welche die Finanzinstitute der elsaß-lothringischen Departements Oberrhein, Niederrhein und Mosel aufgefordert wurden, **alle deutschen Guthaben einzubehalten**, sind mit Wirkung vom Freitag, den 24. August **aufgehoben** worden.

Nach einer Meldung des „Echo des Paris“ aus Straßburg berichtet der „Elsässer Kurier“, daß die **Frage der Retorsionsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen vor die Kammer gebracht werde, damit die Verantwortlichkeit festgestellt würde.** Das Blatt erklärt, daß es das Parlament dabei unterstützen werde, um diese **delikate Frage vollständig aufzuklären. Man verlange Rechnungsablegung** und die werde man, koste es was es wolle, geben müssen.

Zur Beilegung der bayrischen Krise.

In einer amtlichen Berliner Mitteilung über die Verhandlungen mit Bayern heißt es u. a.:

„Um den bayerischen Wünschen entgegenzukommen, erklärte die Reichsregierung erneut, daß sie von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten der Länder nicht ohne Not und **soweit möglich** nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch **machen** werde und daß sie nicht willens sei, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reiches durch neue Reichs-, Mittel- und Unterbehörden zu übernehmen. Die Begründung **neuer Reichszentralbehörden** wird dadurch nicht ausgeschlossen. Die bayerische Regierung hat sich nunmehr entschlossen, die Verordnung vom 24. Juli aufzuheben. Damit ist **eine peinliche Episode** der deutschen Verfassungsgeschichte abgeschlossen. Die Reichsregierung **hofft**, mit den deutschen Ländern einig zu sein in der Zuversicht, daß die Wiederholung einer solchen Erschütterung unseres Staatslebens für die Zukunft unmöglich ist.“

Eine württembergische Verwahrung.

Zu den Abmachungen zwischen dem Reich und Bayern und der Meldung, daß der **bayrische Referent** beim Reichsanwalt nicht süddeutsche, sondern nur **bayrische** Angelegenheiten bearbeiten soll, bemerkt die „Württemberger Zeitung“:

„Tatsächlich sieht ja in Bayern, Württemberg und Hessen niemand Bayern als den Wortführer und Vorkämpfer der süddeutschen Länder an, im Gegenteil hat hier **Bayerns Vorgehen fast durchweg scharfe Ablehnung erfahren.** Wenn Bayern sich seine nach dem Geiste der Verfassung unrichtige und nach ihrem Wortlaut unhaltbare Auffassung hat bestätigen lassen, daß das Reich noch immer ein Bundesstaat sei, so mag man in München auf diesen Erfolg recht stolz sein. Wir möchten dazu bemerken, daß dieses Zugeständnis **durchaus** nicht besagen kann, Bayern habe von nun an ein **„Kündigungsrecht“** und könne dieses nach Belieben zur Durchdrückung weiterer Sonderwünsche mißbrauchen. Der Ton, in dem man in München die ganze Angelegenheit zu behandeln beliebt, ist recht unangemessen. Er war an sich unverantwortlich genug, der in schweren Sorgen um den Bestand des Reiches — einschließlich München, Ober- und Niederbayern, Pfalz und Bayrisch-Schwaben — kämpfenden Reichsregierung durch kleinliche Querelen Schwierigkeiten zu machen.“

Verbot der „vaterländischen“ Münchner Kundgebung.

Die Kundgebungen, die die vaterländischen Vereine Münchens gestern **gegen das Berliner Abkommen** und die bayerische Regierung veranstalten wollten, ist **verboten** worden. Da die Veranstalter mit der Möglichkeit rechneten, daß das eigentliche Thema nicht zugkräftig genug sein werde, hatten sie versucht, die Massen mit den demagogischen **Protesten gegen die Teuerung**, an der die Berliner Regierung schuld sei, **aufzupeitschen.** Diesen Trick benützte die Polizei, um die **Veranstalter in ihrer eigenen Schlinge zu fangen.** Das Verbot gründet sich nämlich einmal darauf, daß die erforderliche Zustimmung des abwesenden Landtagspräsidenten zu dieser Versammlung im Bannkreis des Landtagsgebäudes nicht mehr hätte eingeholt werden können, und sodann auf die **Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung** durch die Erörterung wirtschaftlicher Fragen **vor** solchen Massenversammlungen.

Teuerungsberatungen in Berlin.

Amtlich wird berichtet: Die steigende **wirtschaftliche Not**, die sich weitester Bevölkerungsschichten bemächtigt, und sich in den letzten Tagen durch die ungeheure **Entwertung der Mark** noch mehr zu verschärfen droht, ist Gegenstand ernstester Sorge der Reichsregierung. In einer gemeinsamen **Besprechung** der beteiligten Ressorts des Reiches und Preußens, die heute nachmittag unter dem Vorsitze des **Reichskanzlers** stattgefunden hat, wurde eine Reihe von **Vorschlägen** geprüft, die auf die Linderung der Notlage abzielen. Es wurden verschiedene **Maßnahmen** ins Auge gefaßt, und die zuständigen Ressorts beauftragt, ihre Vorschläge hierzu dem **Ministerrate** vorzulegen, der morgen vormittag unter dem Vorsitze des Reichspräsidenten zusammentreten wird. Für Montag werden die **Ministerpräsidenten und die Minister des Innern der Länder zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten.**

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Die **wirtschaftspolitischen Forderungen**, die vorgestern von den drei **Gewerkschaftsverbänden** der Reichsregierung überreicht wurden, haben folgenden Wortlaut:

. Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

1. **Einschränkung der Einfuhr** auf das geringstmöglichste Maß, insbesondere **Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln** durch Einfuhrverbot oder schärfere Anspannung der Einfuhrzölle. Als Luxusartikel werden u. a. dabei genannt: **Zigarren**, Zigaretten, Tabake, Bier, Tee, Schokolade, **Pelze und Seide.** Wieweit auch **Kaffee** darunter fallen soll, bedarf besonderer Erwägungen.

2. **Erhöhung der Ausfuhrabgabe.** Bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes Nachprüfung aller Tarifpositionen auf die Möglichkeit einer besonderen Heraushebung über die allgemeinen Tarifsätze. Die Regierung hat bekanntlich bereits eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben in mäßigem Umfang vorgeschlagen. Die Gewerkschaften wünschen eine besondere **Nachprüfung**, um eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben für besonders tragfähige Positionen durchzuführen.

3. **Kontrolle des Devisenhandels** mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. **Verbot der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.**

4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auflegung einer **inneren Goldanleihe** unter **Heranziehung der Sachwerte** zur Deckung einer solchen.

5. In Verbindung damit Vorbereitungen für eine **Fixierung der deutschen Währung.**

6. **Raschere Einziehung der Einkommensteuer.** Die hier vorgebrachten Vorschläge der Gewerkschaften scheinen durch die letzten Regierungsmaßnahmen bereits verwirklicht. Einer weiteren Anregung, die Umsatzsteuer nach dem Gesichtspunkt des allgemeinen Verbrauches und des Luxusverbrauches zu staffeln, stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen.

7. Um der **Kreditnot** zu steuern, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regten die Gewerkschaften Kreditmaßnahmen an, nicht auf Kosten, aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiveren Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnte dazu der Kreditfonds der Kaliwirtschaftsstelle oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

II. **Innerpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen.**

1. Maßnahmen zur hinreichenden **Versorgung** der Bevölkerung mit **Kartoffeln.** Schärfste Überwachung des **Viehhandels** und Fleischexportes. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Brauch zu brechen, daß die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert werden.

2. **Verbot der Herstellung von Trinkbranntwein**, eventl. Verbot der **Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis** und sonstigen zur menschlichen Ernährung geeigneten Produkten zur Herstellung von Branntwein. Hierbei wird auch ein **vollständiges Alkoholverbot** in Anregung gebracht.

3. **Einschränkung der Bierbrauerei.** Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8 v. H. Stammwürze. Strengstes Verbot der Verwendung von Zuckerrüben zur Bierbrauerei.

4. Wiedereinführung der **öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers.** Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Likören, Schnaps, Schaum- und Obstwein. **Einschränkung des Zuckerverbrauchs** bei der Herstellung von sonstigen **Luxussüßigkeiten und Backwaren.** Begrenzung der Herstellung von Kunsthonig, Marmelade und Obstkonserven nach Menge und Zuckergehalt. Beibehaltung des Ausfuhrverbots für Erzeugnisse dieser Art.

5. Verschärfung der Bestimmungen, die die Erfassung von **Milch** und der **Milchprodukte** lediglich für die Zwecke der Volksernährung sichert. Da die wahnsinnige Preissteigerung der Milch ständig auf den Butterpreis zurückgeführt wird, ist auch ein gänzliches **Verbot der Butterherstellung für den Handel** zur Erwägung zu geben. Butter ist für die große **Masse der Verbraucher** sowieso ein **unerschwinglicher Luxusartikel** geworden und kann auch von den Bemittelten durch Margarine ersetzt werden. Die Überschüsse der Milch könnten dann zu einem Volksernährungsmittel wie Käse verarbeitet werden.

6. **Stärkere Ausmahlung des Brotgetreides.**

7. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit **Seefischen.** Bestrafung derjenigen Seefischereiunternehmungen, die mehr als einen noch festzusetzenden Teilbetrag ihres Fanges an ausländische Märkte absetzen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Fahrzeuge.

8. Maßnahmen gegen den **unnötigen Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften**, insbesondere Wiedereinführung der Bestimmung, daß nur zwei Fleischgerichte zur Auswahl stehen und nur ein solches verabreicht werden darf. Erneute **Anweisung an die Kommunalbehörden, die Luxusvergnügungsstätten**, Dielen, Bars, Kabaretts und gewisse Konzertkaffees in schärfster Weise **bis zur Prohibition zu besteuern.**

9. Durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiet des **Bau- und Wohnungswesens**, insbesondere nach der Richtung gemeinwirtschaftlicher Regelung der Baustoffwirtschaft.

10. **Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den Wucher**, insbesondere gegen die Zurückhaltung von Waren in gewinnsüchtiger Absicht. Angeregt wurde die Gewährung von Prämien und Belohnungen für die Anzeige solcher Lager und die **Heranziehung von Laienbeisitzern**, Verbrauchern zu **den Wuchergerichten.**

11. Für die **Arbeitslosen, die Sozialrentner**, die verarmten Kleinrentner, die rentenlosen Erwerbsunfähigen und Empfänger von Armenunterstützungen sollen Reich, Länder und Gemeinden **besondere Einrichtungen** treffen. Gedacht ist etwa an Speise- und Wärmeanstalten.

Internationale Hilfsaktion.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist in Berlin einer Vertretung des **Internationalen Gewerkschaftsbundes** aus Amsterdam eingetroffen, um gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund **Hilfsmaßnahmen auf internationaler Grundlage** zu besprechen.

Die bayerische Regierung und die Wirtschaftslage.

Der **bayerische Ministerpräsident** hat in einem Schreiben an seine Einzelminister auf den **großen Ernst** der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage hingewiesen und gebeten, den dadurch bedingten Maßnahmen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. In allernächster Zeit sollen nach seinem Vorschlage diese Maßnahmen nach vorhergehender Erörterung mit dem Ministerrat auch zum Gegenstand einer **Aussprache mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher gemacht werden.**

Aufhebung des postalischen Geldverkehrsdienstes mit dem Ausland.

Der Postanweisungs-, Postauftrags- und Nachnahmedienst mit dem Ausland, ausgenommen im Verkehr mit **Bolivien**, der Freien Stadt Danzig, Ecuador, dem Memelgebiet, Österreich, Polnisch-Oberschlesien und Portugal nebst Kolonien ist bis auf weiteres eingestellt worden. Es werden noch ausbezahlt bezw. abgewickelt:

1. Postanweisungen aus den europäischen Ländern (ausgenommen Island) die vor dem 19. August c. geliefert worden sind,

2. Postaufträge und Nachnahmen bei den unter 1 bezeichneten Ländern, die von dem 19. August aufgeliefert worden sind,

3. Postanweisungen aus Island, Algerien, Marokko und Tunis, die vor dem 1. September aufgeliefert worden sind,

4. Postaufträge und Nachnahmen aus den unter 3. bezeichneten Länder, die vor dem 1. September aufgeliefert worden sind,

5. Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmesendungen aus den außereuropäischen Ländern (ausgenommen Algerien, Marokko und Tunis), die vor dem 16. Oktober 1922 aufgeliefert worden sind.

Diese Einstellung des Postanweisungs-, Postauftrags- und Nachnahmedienstes mit dem Auslande ist, wie die „Industrie- und Handelszeitung“ mitteilt, **nicht mehr von so einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung**, wie es zunächst scheinen könnte, nachdem schon seit Monaten der Zahlungsverkehr zwischen In- und Ausland sich mehr und mehr der Benutzung der Post als Vermittlerin entholten hatte und **fast** nur noch die Banken für Zahlungsüberweisungen in **Anspruch** genommen wurden. Der Grund dafür liegt in der Art des **Abrechnungsverkehrs** der Postverwaltungen der einzelnen Länder untereinander, der sich fast immer über Wochen, bisweilen sogar über Monate hinzieht und infolge der sprunghaften Devisenschwankungen starke Verluste für die deutsche Reichspostverwaltung im Gefolge hat. Diese sah sich daher genötigt, bei den Einzahlungen erhebliche Aufschläge auf die Tageskursnotierungen der betreffenden Währung und bei Auszahlungen beträchtliche Abschläge zu berechnen; während sich diese Zu- und Abschläge anfänglich um etwa 10 v. H. bewegten, mußten sie in letzter Zeit im Verkehr mit einzelnen Ländern bis auf 50 v. H. erhöht werden, um die Postverwaltung vor allzugroßen Verlusten zu schützen. Das Publikum fühlte sich durch die Maßnahmen der Postverwaltung vielfach benachteiligt, so daß sich das Reichspostministerium jetzt gezwungen gesehen hat, diesen für beide Beteiligte gleich verlustbringenden Verkehrszweig einzustellen bezw. einzuschränken. Auch dies ist ein tiefbedauerliches Zeichen unseres Währungsverfalls.

Die Konferenz von Verona

begann am Freitag vormittag um 11 Uhr. Die Tatsache, daß die Konferenz, die ursprünglich erst nach der Rückkehr Seipels nach Wien geplant war, so rasch anberaumt wurde, daß selbst der österreichische Gesandte in Rom überrascht war, hat ohne Zweifel politische Hintergründe. Die **Direktiven der italienischen Politik** bei der Besprechung sind folgende: 1. Gemeinsames Einwirken der Verbündeten, daß Österreichs Unabhängigkeit bewahrt bleibt, 2. strikte Einhaltung der Verträge, 3. innerhalb dieser Richtlinien sind die Mittel **finanzieller und wirtschaftlicher** Art zu finden, die den Zusammenbruch Österreichs zu verhindern geeignet sind.

Nach Blättermeldungen handelt es sich zunächst um den Plan einer **Zollunion. Die italienischen Zeitungen schlagen einen sehr scharfen Ton gegen Frankreich an, sie sagen, Frankreich habe seine Karten aufgedeckt, indem es Österreich das Geld versage, um die Kleine Entente zu finanzieren.** Die Lösung der Frage könne nur eine italienische oder anti-italienische sein, nachdem die österreichische Lösung nunmehr ausgeschlossen sei. Für das Ende des Monats August sind alle **beurlaubten Minister nach Rom berufen** worden, um die durch das österreichische Problem geschaffene Lage zu erörtern.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Die Greuel im besetzten Gebiet.** In **Duisburg** war vor etwa drei Monaten ein **fünfzehnjähriges deutsches Mädchen von einem belgischen Militärposten namens Querton** nach dem Paß gefragt, dann in einen **Feldweg gelockt und vergewaltigt** worden. Der Mann wurde festgestellt und vom **belgischen Kriegsgericht** in Aachen zu **zwei Jahren Gefängnis und 2000 Franken Schadenersatz verurteilt.** Der Vater des Mädchens hatte beantragt, auch den **belgischen Staat für den Schaden haftbar zu machen**, weil der Soldat im Dienst war, als er das Verbrechen beging. Dafür erklärte das **Gericht sich als nicht für zuständig.**

* **Angestellte und Wirtschaftskatastrophe.** Der Vorstand des **Zentralverbandes der Angestellten** hat den Beirat des Verbandes und seine leitenden Beamten aus allen Teilen des Reiches zu einer **wichtigen Konferenz** nach Rothenburg a. T. einberufen. Die Konferenz wird zu der augenblicklichen Wirtschaftskatastrophe Stellung nehmen und **Maßnahmen** erwägen, die geeignet sind, die Angestelltenschaft vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Badische Uebersicht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Rastatt, 25. Aug. Die diesjährige 34. **Hauptversammlung des badischen Ratschreibervereins** findet am Sonntag, den 3. September 1922, vormittags halb 10 Uhr im Saale der städt. Fruchthalle zu Rastatt statt. (Siehe auch Inseratenteil).

DZ. **Mannheim**, 26 Aug. Eine **Wohnungsschieberei** führte den Direktor der Versicherungsbank „Deutschland“, **Max Friesner**, früher in Mannheim, jetzt in Berlin, vor das hiesige Schöffengericht. **Er hatte für seine freigewordene Wohnung ohne dazu berechtigt zu sein, neben der Miete, eine Abfindung von 75 000 M. verlangt.** Das Urteil lautete auf 30 000 M. Geldstrafe. — Der **Kaufmann Christian Ohler erschwindelte** sich von Wohnungsuchenden Abfindungssummen von 3000 M. und 7500 M. Wegen dieser und anderer Prellereien erhielt er 7 Monate Gefängnis.

DZ. **Iffezheim**, 25. Aug. Der heutige **erste Renntag** brachte folgende Sieger: Jugendrennen „Novize“ (Tot. Sieg 62:10, Platz 13, 12:10); Oos-Ausgleich „Fillipow“ (Tot. Sieg 23:10, Platz 14, 23, 15:10); Jakobiner-Rennen „Metis“ (Tot. 45:10, Platz 34, 24, 25:10); Fürstenbergrennen „Alpenrose“ (Tot. Sieg 13:10, Platz 12, 15:10). Totalisatorjagdrennen „Erich“ (Tot. 30:10, Platz 14, 25:10); Wallgundejagdrennen „Kätherl“ (Tot. 14:10, Platz 19, 24:10).

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Herbstwoche 1922.

In den nächsten Tagen erscheint das vom Verkehrsverein herausgegebene **„Programmbuch für die „Karlsruher Herbstwoche“.** Die große Anzahl der Veranstaltungen hat den Verkehrsverein veranlaßt, um das mühelose Feststellen der Vorkommnisse eines jeden Tages zu ermöglichen, das Programmbuch so auszugestalten, daß jeder Tag für sich mit seinem Programm erscheint. Außerdem sind die Dauerveranstaltungen besonders und sämtliche Theaterzettel aufgenommen. Interessante Artikel geben dem Heftchen den Rahmen und machen es zu einem außerordentlich wertvollen und unentbehrlichen Berater für die Veranstaltungen der Herbstwoche. Ferner sind etwa 20 Gutscheine eingeheftet, auf Grund deren die **Eintrittspreise** für jene Veranstaltungen, für die Karten im Vorverkauf abgegeben werden, bis zu 25 Prozent **ermäßigt** werden. Darunter fallen auch die sieben Theateraufführungen des Badischen Landestheaters, sowie die musikalische Morgenfeier und die am 18. September zur Aufführung gelangende 9. Sinfonie von Beethoven; für diese Veranstaltungen werden die Eintrittspreise um 20 Prozent ermäßigt. Die Erwerbung des Programmbuches der Karlsruher Herbstwoche bedeutet somit eine große Ersparnis.

Paßwesen. Die kürzlich erfolgte Mitteilung über eine vorübergehende Schließung der deutschen Paßstelle hat an den Annahme Anlaß gegeben, daß auch die Paßstelle für Ausländer beim Bezirksamt geschlossen sei. Diese Annahme trifft nicht zu. Die deutsche Paßstelle für Ausländer (Schloßbezirk 6) ist eine Reichsstelle und ist nicht zu verwechseln mit der Paßstelle beim Bezirksamt, die für die Ausstellung von Pässen für Inländer zuständig ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Städt. Konzerthaus. Auf die heute Samstag abend stattfindende Erstaufführung des Singspiels „Zu Bacharach am Rhein", verbunden mit dem Gastspiel des Herrn Fritz Herz vom hiesigen Landestheater, sei hiermit nochmals hingewiesen. Morgen, Sonntag, gelangt nachmittags halb 4 Uhr und abends halb 8 Uhr „Zu Bacharach am Rhein" zur Wiedergabe; und zwar sind dies die letzten Sonntagsvorstellungen, da am kommenden Donnerstag, den 31. Aug., die Gastspielzeit beendet ist. — Montag abend ist die letzte Vorstellung für den Verein „Volksbühne" O/8 „Das Glücksmädel", während Dienstag, Mittwoch und Donnerstag die drei letzten Aufführungen von „Zu Bacharach am Rhein" stattfinden. Auch in diesen Vorstellungen wird Herr Fritz Herz gastieren.

Verschiedenes.

* **Massenkündigung einer Versicherungsgesellschaft.** Die Viktoria-Versicherungsgesellschaft hat allen Angestellten, die noch nicht 5 Jahre in ihrem Dienste stehen, das Vertragsverhältnis zum 30 September d. J. **gekündigt.** Es werden etwa **1400 Angestellte** davon betroffen. Die Gesellschaft behielt sich jedoch vor, die Kündigungen in größerem Umfange rückgängig zu machen. Wie die Gesellschaft erklärt, ist sie zu einer einschneidenden Änderung des Geschäftsbetriebes und der Arbeitsmethode unbedingt genötigt, um die Gesellschaft lebensfähig zu erhalten.

Staatsanzeiger.

Das Generalkonsulat der Republik Liberia betr.

Dem zum Liberianischen Generalkonsul für das Deutsche Reich ernannten Herrn **Momolu Massaquoi** in Hamburg ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Demzufolge wird er zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 24. August 1922.

Staatsministerium,
Ministerialabteilung für Präsidialsachen
Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Den Professor an der Universität Frankfurt a. M. Dr. Ernst **Levy** mit Wirkung vom Zeitpunkt seines Dienstantritts zum ordentlichen Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, den nichtetatmäßigen außerordentl. Professor an der Universität München Dr. Arthur **Rosenthal**, mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 zum planmäßigen außerordentlichen Professor für angewandte Mathematik an der Universität Heidelberg.

Zuruhegesetzt:

Professor Gustav **Schneider** am Staatstechnikum hier, Amtsgehilfe Emil **Burger** bei der Technischen Hochschule Karlsruhe auf Ansuchen.

Kath. Kultus.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Wöschbach, Dekanats Bruchsal, ernannte Pfarrer **Schnurr**, seither Pfarrverweser daselbst, wurde am 23. Juli d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Philippsburg, Dekanats Philippsburg, ernannte Pfarrer Josef **Katz**, seither Pfarrverweser daselbst, im am 30. Juli d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Hemsbach, Dekanats Weinheim, ernannte Pfarrer Paul Richard **Ludwig**, seither Pfarrverweser daselbst, ist am 30. Juli d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Der von Seiner Exzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Iffezheim, Dekanats Ottersweier, ernannte Pfarrer Heinrich **Risch**, seither Pfarrverweser daselbst, wurde am 30. Juli d. J. kirchlich eingesetzt.

Nach langer **neurologisch-psychiatrischer Tätigkeit** an den Universitätskliniken zu Heidelberg, München und Hamburg sowie nach besonderer Ausbildung in allen Zweigen der **Psychotherapie** durch Prof. Homburger (Psychiatrische Poliklinik-Heidelberg) und Prof. Schultz-Jena (Dr. Lahmanns Sanatorium, Weißer Hirsch) habe ich mich in Karlsruhe als

Facharzt für Nervenleiden

niedergelassen.

Dr. med. Brilmayer
Bunsenstraße 14
(Trambahnhaltestelle Kriegs-Hübschstraße)
Sprechstunden 1/2 3—1/2 5 Uhr
(außer Samstag und Sonntag)
Fernruf 1955 A.513

Sofort zu kaufen gesucht

Alt-Kupfer u. Alt-Zinn

zum Zwecke der Beschaffung neuer Glocken.

Angebote umgehend erbeten an
Pfarramt St. Peter und Paul, K.-Mühlburg,
Peter- und Paulplatz 2. A.512

Zahlen für
Alt-Papier, Zeitungen Briefschaften Geschäfts-Bücher und Akten A.524
unter Garantie des Einstampfens
L. & A. Schwarzenberger
Schützenstr. 73. Telephon 5557.

Ich suche Großabnehmer (waggonweise) für
Bodensee-Most- und Tafelobst.
Josef Saiger, Wollmatingen-Konstanz
Fernruf 915 Konstanz.

Sofort lieferbar:

Wildschadenersatz und Wildschadenverhütung

nach dem in Baden geltenden Recht

Eingehende Darstellung der in Betracht kommenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Badischen Jagdgesetzes — nebst Vollzugsverordnung —

Von
Dr. Max Dittler, Amtmann

Preis 18 Mark.

Die Absicht des Verfassers war vor allem die, den Bürgermeisterämtern, denen nach der jetzigen Regelung die erste und nicht unbedeutendste amtliche Funktion im Wildschadenstreit übertragen ist, ihre Aufgabe auseinanderzusetzen und sie über die Rechtslage zu belehren.

Bestellungen übernimmt jede Buchhandlung und der Verlag
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlfriedrichstraße 14.

Ratschreiber-Verbandstag

zu **Rastatt** am **3. September 1922, vormittags 9 1/2 Uhr,** im Saale der städt. Fruchthalle zu Rastatt.

Quartiere sofort bei Ratschreiber Zoller in Rastatt bestellen. A.527

Badischer Ratschreiberverein.

Maul- und Klauenseuche in Grünwinkel betr.

Nach Erlöschen der Maul- und Klauenseuche im Anwesen Durmersheimerstraße Nr. 194 hier wurden die am 21. Juli angeordneten Maßnahmen wieder aufgehoben. O.804

Karlsruhe, den 25. August 1922. O.Z.116

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Geschäftsübernahme u. Empfehlung

Hierdurch beehre ich mich anzuzeigen, daß ich die von Herrn **Karl Fatzler** bisher betriebene

Metzgerei u. Wurstlerei
Hebelstraße 19

ab **Samstag, den 26. August** übernehme.

Gleichzeitig gestatte ich mir, meine **ff. Fleisch- und Wurstwaren** in empfehlende Erinnerung zu bringen und bitte ich das geehrte Publikum, das Vertrauen wie meinem Vorgänger auch auf mich übertragen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Franz Schneider, Metzgermeister
früher Zähringerstraße 76 A.526

Auf Grund der §§ 936 und 936a R. V. O. wird unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 17. Oktober 1921 der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Bezirk des Oberversicherungsamts Mannheim mit Wirkung vom 30. Oktober 1922 an bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Bezirk des Versicherungsamts oder der Gemeinde:	Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst für Versicherte im Alter von							
	über 21 Jahren:		16—21 Jahren:		unter 16 Jahren:			
					14—16 Jahren:		unter 14 Jahren:	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Adelsheim	10000	8000	8000	6000	5000	4000	2400	2000
Boxberg	12000	10000	10000	8000	6000	5000	3000	2800
Buchen	9000	7000	7500	5600	5300	3500	2100	1450
Eberbach	18500	11000	14000	8500	10000	6500	6000	4000
Eppingen	10500	8000	8300	6400	5800	4600	3700	3300
Heidelberg:								
a) Dossenheim, Eppelheim, Heidelberg-Stadt, Leimen, Neckargemünd, Nußloch, Rohrbach, St. Ilgen, Sandhausen, Ziegelhausen	30000	21000	24000	16000	18000	12000	7000	6000
b) übrige Gemeinden	24000	17000	20000	14000	14000	9000	5000	4000
Mannheim	30000	21000	22000	15000	15000	12000	7000	6000
Mosbach	13500	9500	10500	7500	7500	5000	3500	3500
Schwetzingen:								
a) für die forstwirtschaftlichen Arbeiter des Forstamts Schwetzingen	38800	24400	35000	24400	31200	21600	30000	18000
b) für die in der Landwirtschaft u. in den übrigen Forstbetrieben beschäftigt. Arbeiter	22000	15000	19000	12000	9500	7000	6000	4500
Sinsheim	24000	20000	18000	15000	12000	10000	8000	7000
Tauberbischofsheim	12500	10000	10000	7500	6250	5000	3000	2500
Weinheim:								
a) Weinheim-Stadt	15000	12000	12000	10000	8000	6000	5000	4000
b) übrige Gemeinden	12000	10000	10000	8000	6000	4000	3000	2500
Wertheim	10000	8000	8400	6000	5000	4000	2400	2000
Wiesloch:								
a) Wiesloch-Stadt u. Walldorf	34000	24000	26000	22000	16000	12800	8000	6000
b) übrige Gemeinden	28000	20000	20000	14000	12000	10000	6000	4800

Mannheim, den 23. August 1922.

Badisches Oberversicherungsamt. O.906

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Junge Leute die zur See fahr. woll. erh. schriftl. Aufklärung u. Rat. **Auskunftei Hamburg 36, Schließfach 112, J 82.**

Strickmaschinen
und Hilfsmaschinen für Strickerei sucht zu kaufen. Eilangebote erbeten unter A. 522 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

O.797. **St. Blasien.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers **Alfred Mutter** in St. Blasien wurde nach Abhaltung des Schlußtermins heute aufgehoben.

St. Blasien, 22. Aug. 1922.

Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

MIZI
DER BLITZSCHNELLE
MESSER-PUTZ
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich
Enameline-Werke. Höchst a/M.

Städt. Konzerthaus
Leitung: A.389
Direktor Adalbert Steffter

Heute Samstag
abends 7 1/2 Uhr
Zu Bacharach am Rhein.
Der Fremde: Fritz Herz vom Landestheater Karlsruhe a. G.

Morgen Sonntag
Zwei Vorstellungen
Letzte Sonntagsaufführungen!
nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr
Zu Bacharach am Rhein.
Der Fremde: Fritz Herz a. G.

Montag, den 28. August
abends 7 1/2 Uhr
Letzte Vorstellung für den Verein Volksbühne O/8
Das Glücksmädel.

Dienstag, den 29. August
und täglich abends 7 1/2 Uhr
Zu Bacharach am Rhein.

Öffentliche Versteigerung

alter für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter eine Pferdestraßenwalze, fahrbare Handfeuerspritzen, Schlauchwagen, Faßwagen, Büffet, Ladentisch, Schränke, Uhren, Spiegel, Bilderrahmen, Glasschränkchen, Schlafstühle, Klosettstühle, Tische mit Marmorplatten, Konsoltische, Fruchtputzmühle, Fruchtstäuber mit Zubehör, Kaffeemühlen, Steintragbahren, Schneidernähmaschine, Dezimalwagen, Faßwinden, Karren, Wasserständer, Gasofen, Stühle u. a. m. gegen Barzahlung am **Montag, den 11. September l. Js., vormittags 8 Uhr** beginnend, im Gerätemagazin Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Rüppurrerstr.). O.723

Karlsruhe, 17. Aug. 1922.

Materialamt der Reichsbahndirektion.

Tariferhöhung.

Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde treten am 1. September 1922 bei unseren Nebenbahnen Albtalbahn, Bruchsal—Hilsbach—Menzingen, Bühlertalbahn, Neckarbischofsheim—Hüffenhardt und Wiesloch—Meckesheim—Waldangelloch Tariferhöhungen im Gepäck-, Expreßgut-, Milch-, Tier- und Güterverkehr in Kraft. Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro. A.528

Die verkürzte Veröffentlichungsfrist gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 EBO. (RGBl. 1914 S. 455).

Karlsruhe, 25. Aug. 1922.

Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G.

Gemeinsamer Binnentarif der deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (bad. Nebenbahnen).

Tfv. 79.

Am 1. September 1922 werden im Verkehr mit Stationen der Nebenbahnen Achern—Ottenhöfen, Biberach—Oberharmersbach, Haltingen—Kandern, Krozingen—Münstertal—Sulzburg, Mosbach—Mudau, Oberschefflenz—Billigheim und Rhein—Ettenheimmünster die Frachtsätze im Expreßgut-, Tier- und Güterverkehr entsprechend dem Vorgehen der Reichsbahn um 50 v. H. erhöht. Feste Tarifzuschläge werden von dieser Erhöhung nicht betroffen. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tariferhöhungen gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrsordnung (RGBl. 1914 S. 455). A.530

Berlin, 21. Aug. 1921.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Binnentarif der Nebenbahn Möckmühl—Dörzbach (Jagsttalbahn.)

Tfv. 140.

Am 1. September 1922 werden im Verkehr mit Stationen der Nebenbahn Möckmühl — Dörzbach die Frachtsätze im Expreßgut-, Tier- und Güterverkehr entsprechend dem Vorgehen der Reichsbahn um 50 v. H. erhöht. Feste Tarifzuschläge werden von dieser Erhöhung nicht betroffen. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tariferhöhungen gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der EBO. (RGBl. 1914 S. 455).

Berlin, 21. Aug. 1922.

Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

Güterverkehr der bad.-schweiz. Uebergangsstationen mit der Schweiz.

Auf den 1. September 1922 werden im Tarif Basel Bad. Bf.—schweizerische Stationen die Taxzuschläge für die Ausnahmetarife Nr. 1 für Bier und Nr. 19 für Steine usw. geändert und für den Ausnahmetarif Nr. 36 für metallurgische Erzeugnisse solche neu eingeführt, ferner wird im Anhang zu obigem Tarif der Zuschlag für Ausnahmetarif 19 Serie 3 geändert. In beiden Tarifteilen und im Tarife Waldshut usw. Schweiz wird bei Ausnahmetarif 1 für Bier der Zusatz „in Fässern" gestrichen. Näheres in unserem Tarifanzeiger. O.803

Karlsruhe, 23. Aug. 1922.

Reichsbahndirektion.

Druck der Karlsruher Zeitung